



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2001 - 2004

14. Sitzung

Dienstag, 3. September 2002, 17.00 bis 18.05 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Claudia Meier-Uffer (FLiG)

Anwesend Stadtparlament 30 Mitglieder

Entschuldigt ---

Anwesend Stadtrat 7 Mitglieder

Traktanden

- 14.1 Postulat Roman Weibel (FLiG) "Freiwilligenarbeit"; Bericht des Stadtrates
- 14.2 Baukommission Stadtparlament
- 14.3 Doppelturnhalle Andwil, Anteil Baukredit Gossau; Überweisung an vorberatende Kommission
- 14.4 Teilzonenplan Haslenmühle
- 14.5 Postulat Stefan Schmid (LdU/SP) "Gesamtverkehrskonzept Gossau"; Erheblicherklärung
- 14.6 Neue parlamentarische Vorstösse

14.1

Postulat Roman Weibel (FLiG) „Freiwilligenarbeit“

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 22. August 2002 mit folgenden Anträgen:

1. *Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.*
2. *Das Postulat „Freiwilligenarbeit“ wird als erledigt abgeschrieben.*

Diskussion

Roman Weibel (FLiG) ist zufrieden mit der Antwort des Stadtrates. Er regt an, das vorhandene Wissen der Verwaltung weiter zu geben, z.B. an der Vereinspräsidentenkonferenz. Weiter könnte er sich einen Tag der Freiwilligen vorstellen, analog dem Clean up day, der jährlich durchgeführt wird.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

14.2

Baukommission Stadtparlament

Grundlage ist der Bericht des Präsidiums vom 20. August 2002 mit folgendem Antrag:

Für die Vorberatung von Geschäften aus dem Bereich Hochbau und Tiefbau wird eine Baukommission mit 7 Mitgliedern eingesetzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag des Stadtrates wird mit einer Enthaltung zugestimmt.

Gewählt sind (mit einer Enthaltung):

FDP	Präsident	Johnny Ochsner
CVP	Mitglied	Peter Bernhardsgrütter
CVP	Mitglied	Urs Kempfer
CVP	Mitglied	Patrick Scheiwiler
FliG	Mitglied	Alfred Zahner
SVP	Mitglied	Marcel Krucker
LdU/SP	Mitglied	Hildegard Manser-Brändle

14.3

Doppeltturnhalle Andwil, Anteil Baukredit Gossau

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. August 2002.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

14.4

Teilzonenplan Haslenmühle

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. August 2002 mit folgendem Antrag:
Der Teilzonenplan „Haslenmühle“ wird gemäss Planbeilage erlassen.
Das Präsidium beantragt die Überweisung des Geschäftes an eine Vorberatende Kommission.

Eintretensdiskussion

Erich Bubenhofer (CVP) stellt fest, dass die Einzonung das Siedlungsgebiet kaum verändert, da bestehende Gebäude neu genutzt werden sollen. Die Stadt soll dem Investor die Nutzung des Gebietes Haslenmühle ermöglichen. Er stellt im Namen der CVP-Fraktion folgenden Antrag:
Der Teilzonenplan Haslenmühle ist heute, ohne Zuweisung in eine vorberatende Kommission, gemäss dem vorliegenden Antrag des Stadtrates zu erlassen.

Trudi Weibel (FLiG) möchte, dass das Geschäft genau geprüft wird. Sie stellt im Namen der FLiG-Fraktion folgende Anträge:

1. *Den Antrag des Präsidiums zur Bildung einer vorberatenden Kommission „Teilzonenplan Haslenmühle“ abzulehnen.*
2. *Die Vorlage „Teilzonenplan“ zur Vorberatung in die neu gebildete Baukommission zur Beratung zu geben.*

Erika Schweiss (LdU/SP) möchte den Teilzonenplan in einer separaten vorberatenden Kommission behandeln, weil er der Richtplanung widerspricht. Die Baukommission ist mit dem Geschäft Doppelturnhalle Andwil genug beschäftigt.

Stefan Schmid (LdU/SP) ist überrascht vom Antrag der CVP. Der Teilzonenplan Haslenmühle ist ein Präjudiz, weil er der Richtplanung widerspricht.

Johnny Ochsner (FDP) schliesst sich dem Antrag der CVP-Fraktion an. Der Teilzonenplan widerspricht der Richtplanung nicht.

Paul Egger (CVP) verweist darauf, dass der Kanton den Teilzonenplan ebenfalls prüft. Vom Erlass des Teilzonenplans verspricht er sich eine positive Signalwirkung.

Stefan Schmid (LdU/SP) ist gegen die Einzonung, weil der Teilzonenplan der Richtplanung widerspricht. Das Wohngebiet frant aus. Eine Einzonung hat Folgen wie Erschliessung oder Schulbus.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) möchte, dass dieses bereits überbaute Gebiet möglichst effizient genutzt wird.

Johnny Ochsner (FDP) weist darauf hin, dass nicht neue Bauzone geschaffen, sondern der bereits überbaute Teil des Gebietes Haslenmühle eingezont werden soll.

Stadtpräsident Alex Brühwiler vertritt die Haltung des Stadtrates. Es geht darum, die bereits vorhandenen Bauten zu erhalten. Das Schulhaus Büel ist nicht sehr weit entfernt. Während der Auflagefrist sind keine Einsprachen eingegangen. Die Einzonung ist mit dem Kanton vorbesprochen worden, dessen Zustimmung ist zu erwarten.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag von Erich Bubenhofer (CVP) wird angenommen mit 24 Ja und 6 Nein.

Detailberatung

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag des Stadtrates wird angenommen mit 25 Ja, 3 Nein und 2 Enthaltung.

14.5**Postulat Stefan Schmid (LdU/SP) „Gesamtverkehrskonzept Gossau“; Erheblicherklärung**

Grundlage ist das von Stefan Schmid (LdU/SP) und 15 Mitunterzeichnern am 2. Juli 2002 eingereichte Postulat „Gesamtverkehrskonzept Gossau“.

Stefan Schmid (LdU/SP) vergleicht sein eingereichtes Postulat mit dem erheblich erklärten Postulat „Neue Wege für den Verkehr in Gossau“. In jenem Postulat wird einerseits ein umfassendes Verkehrskonzept verlangt, andererseits die Planung einer Umfahrungsrouten zur Entlastung des Zentrums. Für ihn stellt sich nun die Frage, ob die Umfahrungsrouten ein zentrales Anliegen jenes Postulates ist, oder lediglich ein Beispiel. Diese Interpretation wurde bisher nicht gemacht. Mit seinem eingereichten Postulat „Gesamtverkehrskonzept“ ist klar ein Gesamtverkehrskonzept verlangt. Dies ist keine zusätzliche Arbeit zum Postulat „Neue Wege für den Verkehr in Gossau“, aber die Erheblicherklärung löst Unklarheiten in der Interpretation.

Stadtpräsident Alex Brühwiler blendet zurück auf das Projekt „Gossau mobil“. Dort sind Verkehrsmodellierungen vorgenommen, welche die Konsequenzen von verschiedenen Varianten auf das Strassennetz aufzeigen. „Gossau mobil“ hat das Einbahnsystem ausdrücklich von weiteren Überlegungen ausgeschlossen. Der Stadtrat hat sich nicht gegen die Erheblicherklärung des Postulates „Einbahnverkehr“ gestellt, weil diese Variante auf den gleichen Planungsstand gebracht werden soll wie die übrigen. Die im Postulatstext geforderte Prüfung aller möglichen Verkehrsführungen ist sehr aufwändig. Der Stadtrat möchte sich auf das Projekt Stadtentwicklung und auf die Prüfung des Einbahnverkehrs konzentrieren, und beantragt, das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Albert Lehmann (CVP) hat Verständnis für das Anliegen des Postulanten. Die Erheblicherklärung würde aber zu Doppelspurigkeiten in der Bearbeitung führen. Die Arbeit würde fast endlos.

Hildegard Manser (LdU/SP) findet keine objektive Gründe für eine Nichterheblicherklärung. Alle Varianten sollen geprüft werden, um in der Verkehrsdiskussion weiter zu kommen.

Stefan Schmid (LdU/SP) will mit dem Postulat dem Stadtrat keine zusätzliche Arbeit aufladen. Auch das Postulat „Neue Wege für den Verkehr in Gossau“ verlangt vom Stadtrat ein Gesamtkonzept, aber eben eine Umfahrungsstrasse. Er braucht auch noch andere Konzepte, z.B. für den öffentlichen Verkehr.

Ruedi Zingg (CVP) findet, dass im Projekt „Gossau mobil“ seriös gearbeitet wurde. Es soll nun nicht wieder bei Null angefangen werden.

Roman Weibel (FLiG) wartet auf die Veröffentlichung der Vernehmlassungen zum Ergebnis von „Gossau mobil“. Er sieht einen Unterschied zwischen den beiden genannten Postulaten. Es ist ein Unterschied, ob ein Gesamtkonzept verlangt wird, in dem eine Umfahrung ein Teil davon ist oder ob eine Umfahrung verlangt wird, um die herum ein Gesamtkonzept erstellt wird.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Postulat wird nicht erheblich erklärt mit 9 Ja und 21 Nein.

14.6**Neue parlamentarische Vorstösse**

- a) Postulat Franziska Burch (CVP) „Sportstättenplanung“
- b) Einfache Anfrage Theres Jaggi (FLiG) „Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen fördern“
- c) Einfache Anfrage Alfred Zahner (FLiG) „Lärmschutzwall Autobahnanschluss Gossau-West Richtung St. Gallen“
- d) Einfache Anfrage Stefan Schmid (LdU/SP) „Die Jugend ist unsere Zukunft“
- e) Einfache Anfrage Stefan Schmid (LdU/SP) „Lokale Agenda 21“
- f) Einfache Anfrage Stefan Schmid (LdU/SP) „Gossauer Schulen“
- g) Einfache Anfrage Stefan Schmid (LdU/SP) „Hochwasserschutz“

Dieses Protokoll wurde am 9. September 2002 auf dem Zirkulationsweg genehmigt.

Claudia Meier-Uffer
Präsidentin

Toni Inauen
Stadtschreiber